



## Geld vom Freistaat: Programm zur Winterschadenbeseitigung auf Leipzigs Straßen

**Dank gemeinsamen Änderungsantrags von CDU- und FDP-Fraktion werden Beträge gegenüber ursprünglichem Plan um 50% erhöht.**

Der Stadtrat hat auf seiner Sitzung am 18. Mai den Weg frei gemacht für die Beseitigung zahlreicher Winterschäden auf Leipzigs Straßen. Hierzu wird ein Sonderprogramm des Freistaates genutzt. Ursprünglich plante die Stadt dies mit Eigenmitteln von einer Million Euro zu unterlegen. Insgesamt stünden so rund drei Millionen Euro zur Verfügung. Die Stadtratsfraktionen von CDU und FDP sprachen sich in einem gemeinsamen Änderungsantrag für die Verdoppelung der Mittel aus. Sie begründeten dies mit freien städtischen Mitteln aufgrund gesunkener Zinsausgaben. In der Diskussion im Stadtrat räumte der Finanzbürgermeister einen Spielraum von zusätzlichen 500.000 Euro ein, so dass über eine Erhöhung um 50 Prozent

abgestimmt wurde. Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie weiten Teilen der SPD-Fraktion wurde dies so beschlossen. Vorangegangen war eine längere Diskussion, in der sich insbesondere Vertreter von Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei gegen eine Erhöhung der Mittel aussprachen. Auch die SPD äußerte Kritik, da unklar sei, ob die Mittel in diesem Jahr überhaupt noch verbaut werden könnten. Erneut forderten die Parteien jedoch umfangreiche Hilfen des Freistaates für Leipzigs Straßen. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat, René Hobusch, entgegnete, dass für den Erhalt der Kommunalstraßen nicht der Freistaat, sondern die Kommune verantwortlich sei: "Nicht der

Freistaat hat unsere Straßen buchstäblich zerbröseln lassen, sondern die Politik in unserer Stadt. Anstatt Werte zu erhalten, hat man sich nicht genügend darum gekümmert. Da ist es einfach, von der eigenen Verantwortung durch einen Fingerzeig in Richtung Staatsregierung abzulenken."

Hobusch, der die Liberalen im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vertritt, verglich den Wert der Straßen mit dem kommunaler Firmen: "Bei der Diskussion über den Verkauf kommunaler Firmen wird das Argument, es handele sich ja schließlich um einen Wert, den man nicht einfach hergeben dürfe, von der Linken, der SPD und den Grünen gern ins Feld geführt. Was die Frage der Veräußerung an-

[Fortsetzung auf Seite 2]

[Fortsetzung von Seite 1]

geht, sind wir unterschiedlicher Meinung. Aber wir stimmen Ihnen in einem Punkt zu: Es sind Werte, die wir nicht einfach mir-nichts-dir-nichts preisgeben dürfen." Bei Straßen sei dies genauso. "Es sind kommunale Werte, die wir nicht einfach so preisgeben dürfen. Mit der mangelhaften Finanzausstattung zur Unterhaltung tun wir aber genau das." Der ADAC habe zurecht darauf hingewiesen, dass die Sanierungsstaus im Haushalt nicht abgebildete Schulden seien. Dies gelte, so Hobusch weiter, auch für Schulen und Kitas. Leipzig hat nun dank des Beschlusses des Stadtrates und des Förderprogramms des Freistaates weitere Millionen für die Straßenunterhaltung zur Verfügung. "Dennoch geben wir weiterhin nicht das Geld aus, das wir ausgeben müssten, um den Wert komplett zu erhalten. Wir verlieren also weiterhin Substanz. Die Herausforderung bleibt bestehen", so Hobusch, der gleichzeitig auf die im Herbst anstehenden Haushaltsberatungen verweist: "Dort haben wir erneut die Chance durch kluge Prioritätensetzung dem Werteverfall entgegen zu treten. Es wird sich zeigen, wer dazu bereit ist und wer nur auf Konsum setzt."

## Freiheits- und Einheitsdenkmal:

Die erste Diskussionsphase zum Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal ist mit Beschluss der Vorlage zur Bestimmung des Wilhelm-Leuschner-Platzes als zukünftigen Standort des Denkmals abgeschlossen. Nun leiten wir den Wettbewerb für das Denkmal selbst ein. Hieran gibt es in der Öffentlichkeit Kritik, die in eigenen Vorstellungen zum Denkmal gipfeln. „Ich freue mich über diese Diskussionsfreude außerordentlich. Zeigt es doch, dass gerade in unserer Stadt Demokratie und Mitsprache gelebt wird.“, äußerte der stellv. FDP-Fraktionsvorsitzende René Hobusch in der Ratsversammlung am 18. Mai 2011. „Mit dem Leuschner-Platz ist ei-

ne freie Fläche gefunden, die direkt an den Ring und damit an die Innenstadt grenzt. Diese Neuerschließung eines öffentlichen Platzes symbolisiert für mich auch die 1989 erfolgte Neuerschließung von Freiheit, von Demokratie, von Bürgerrechten in unserer Stadt.“, so der liberale Stadtrat weiter. Gleichzeitig begrüßte er, dass auch in der Wettbewerbsphase eine Bürgerbeteiligung vorgesehen sei und damit die Leipziger Bürger eingebunden werden: „Ausdrücklich begrüßen wir, dass auch in der Wettbewerbsphase eine Einwohnerversammlung vorgesehen ist. Dies entbindet uns Stadträte jedoch nicht davon, weiter für ein Leipziger Frei-

## An Autobahnen nach Leipzig locken

„Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.“ Dieser wohl kürzeste Verwaltungsstandpunkt folgte auf unseren Antrag zur Prüfung der Möglichkeit der Errichtung weiterer touristischer Unterrichtungstafeln an den Leipzig umgebenen Autobahnen. Seit der Ratsversammlung am 18. Mai 2011 ist er Beschlusslage. Der sächsische Staatsminister für Verkehr verordnete kürzlich die doppelte Anzahl der Tafeln

zwischen zwei Autobahnanschlussstellen und auf autobahnähnlichen Schnellstraßen. Diese Unterrichtungstafeln dienen als kostengünstige Marketinginstrumente, um auf Leipzigs Sehenswürdigkeiten hinzuweisen und Durchreisende auf den Reiz eines Besuches in der Stadt aufmerksam zu machen. Was genau die braun-weißen Tafeln abbilden sollen, können die Leipziger in einem Wettbewerb bestimmen.

# Standort sowie zukünftiges Verfahren festgelegt

heits- und Einheitsdenkmal zu werben und weiter Überzeugungsarbeit zu leisten. Die eigentliche Arbeit liegt hier noch vor uns, denn die Diskussion über den Standort ist nur der Auftakt für eine weit umfangreichere Diskussion über die Gestaltung des Platzes und das Aussehen des Denkmals.“ Im Vorfeld der Stadtratsentscheidung hatten zahlreiche Bürger die FDP-Fraktion kontaktiert und eigene Vorstellungen zum Denkmal geäußert. „Ich kann die Menschen in unserer Stadt nur einladen, sich an den weiteren Diskussionen zu beteiligen. Schade war, dass wir den Menschen, die uns per Telefon und per Mail kontaktiert oder unsere Geschäftsstelle besucht haben, häufig

sagen mussten, dass die inhaltliche Diskussion schon in den letzten Monaten geführt wurde.“ Auch sei die Entscheidung im Stadtrat noch keine Entscheidung für ein Denkmal. „Ich glaube, wir in der Frage der Kommunikation mit den Leipziger noch besser werden müssen. Keinesfalls darf der Eindruck entstehen, die Menschen bekämen ein Denkmal von oben verordnet, denn dies ist nicht so“, sagte René Hobusch weiter, „es geht um ein Bekenntnis zu Leipzig als Ausgangsort für die Einheit und die Freiheit unseres Vaterlandes. Dabei dürfen nicht Verwaltungsebenen im Mittelpunkt stehen, sondern es müssen die Menschen sein, um die es geht.“

## Terminplanung:

I. Werkstattphase	
- Bürgerumfrage:	01/2011*
- Jugendwerkstatt:	02/2011*
- Expertenwerkstatt:	02/2011*
- Bürgerforum:	08.03.11*
- Stadtratsentscheidung Auslobung u. Standort	18.05.11*

\* abgeschlossen

## II. Wettbewerbsphase

- Bekanntmachung	07/2011
- Auswahlgremium	10/2011
- Rückfragenkolloquium	11/2011
- Einwohnerversammlung	n.n.b.
- Jurysitzung	I/2012
- Stadtratsentscheidung Denkmalsentwurf	II/2012

## III. Planung und Umsetzung

- Planung	2012/13
- Bau	2013/14
- Einweihung	09.10.14

## Leipzigs Spielplätze per App mit dem Smartphone finden

Die kleinen Leipziger können sich auf über 400 Spielplätzen im Stadtgebiet austoben. Doch wie erfahren die Eltern von all den Spielplätzen? Die Stadt informiert nur sporadisch im Internet über die Schönsten. Ein Spielplatzführer müsse her, dachte sich die Fraktion Bündnis90/Die Grünen und beantragte die Erarbeitung eines solchen, der über die Beschaffenheit der Spielplätze und deren Erreichbarkeit

informiert. Auf Vorschlag der Verwaltung wird bis November 2011 ein Konzept für eine familienfreundliche Darstellung der Spielplätze und ihrer Anbindung mit dem Öffentlichen Nahverkehr erarbeitet. Die Konzeption soll dann gemeinsam mit einer ortsansässigen Hochschule bis September 2012 umgesetzt werden. „Unserer Fraktion fehlte eine zeitgemäße Form des Spielplatzführers über eine

Printpublikation hinaus, etwa einer App für Smartphones. Ein kleines Heft lässt man gern daheim liegen. Sein Handy hat man fast immer dabei. Umso erfreulicher, dass die Grünen unseren Vorschlag übernommen haben. Für die Kosten werden Sponsorengelder eingeworben“, so Dr. Arnd Besser, Vertreter der FDP-Fraktion im Fachausschuss für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule.

---

# Erfolg für die FDP-Fraktion: Kommunale Unternehmen sollen sich auf Leipzig und Region konzentrieren

In seiner Mai-Sitzung hat der Stadtrat auf Initiative der FDP-Fraktion beschlossen, die Aktivitäten kommunaler Unternehmen stärker auf Leipzig und die Region zu konzentrieren. Vorangegangen war eine längere Diskussion über einen Antrag der Liberalen, die die Aktivitäten im Ausland komplett beenden wollten. Dies ist zwar weiterhin zulässig, jedoch nur bei explizitem Beschluss durch die Ratsversammlung. "Es ist kein Geheimnis, dass wir uns einen 'schärferen' Beschlusstext gewünscht hätten. Dennoch ist der Vorschlag, den die Verwaltung als Reaktion auf unseren Antrag gemacht hat, konsequent und gleichzeitig flexibel genug, um auf Marktanforderungen zu reagieren",

kommentierte FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth das Ergebnis und ergänzte: "Es ist unsere Pflicht, Risiken zu reduzieren. Da wir mit fremdem Vermögen, dem der Leipziger, sozusagen treuhänderisch agieren, müssen wir im Zweifel auf Risiken verzichten." Die Bewertung des Marktes und seines Umfeldes sei naturgemäß umso schwerer, je weiter man sich vom Heimatmarkt wegbeuge - räumlich wie inhaltlich.

Hesselbarth verwies in seiner Rede im Stadtrat auf Aktivitäten in der Vergangenheit. Die Beurteilung von Unternehmungen in Polen oder Bulgarien könnten die Stadträte kaum selbst vornehmen. Vielmehr müssten sie auf die Geschäftsfüh-

rung vertrauen. Diese sollen sie aber gleichzeitig kontrollieren. "Damit begeben wir uns in die Abhängigkeit der Einschätzung der Geschäftsführung." Das könne nicht das Ziel sein, denn die Geschäftsführung solle die vom Stadtrat gesetzten Eigentümerziele umsetzen.

Der Liberale erwähnte bewusst auch Wechselkursrisiken: "Währungsschwankungen sind kaum vorhersehbar und können wirtschaftliche Gewinne ganz schnell ins Gegenteil verkehren. Diese können zwar durch Absicherungsgeschäfte reduziert werden, aber Risiken durch neue Risiken eliminieren zu wollen ist am Ende eben kein Null-Summen-Spiel."

## Der Beschlustext im Wortlaut:

1. Die Stadt Leipzig erwartet von Ihren Unternehmen und Eigenbetrieben, dass diese ihre Leistungen in der Regel für Leipzig und die Region erbringen.
2. Vor diesem Hintergrund wird bis Ende 2013 ein Sachstandsbericht über die Entwicklung bestehender Wirtschaftsaktivitäten von mittelbaren und unmittelbaren Eigengesellschaften sowie Mehrheitsbeteiligungen und Eigenbetrieben im Ausland vorgelegt.
3. Im Einzelfall bedürfen geplante Auslandsaktivitäten im Rahmen der Ratsversammlung beschlossener Eigentümerziele einer gesonderten Begründung dahingehend, ob und wenn ja, inwieweit diese Aktivitäten einen nachweislichen Beitrag zum Erhalt- bzw. Ausbau des Kerngeschäftes vor Ort leisten und wirtschaftlich sind. Verfahrensseitig gelten die Bestimmungen des Zustimmungs- und Informationskataloges für die LVV-Gruppe.
4. Die Vorgaben unter Pkt. 1-3 umfassen ausdrücklich nicht Beratungsleistungen im Rahmen von Städtepartnerschaften, der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, der Wirtschafts- und Standortförderung und des Know-How-Transfers, sowie Aktivitäten des Stadtmarketings, der Leipziger Messe oder Gastspiele der Eigenbetriebe Kultur.



---

# Zweifelhafter Erfolg für Baubürgermeister: Getränkemarkt mit Bebauungsplan verhindert

Das Areal zwischen Arno-Nitzsche-Straße im Süden, Zwickauer Straße im Osten und dem Gleisbogen im Norden und Nordwesten ist durch Büro- und Gewerbebauten aus vergangenen DDR-Zeiten geprägt. Der auffälligste Bau ist sicher ein sechsgeschossiges Bürogebäude im typischen Plattenstil an der Arno-Nitzsche-Straße. An der Ecke zur Zwickauer Straße hat sich ein Lebensmittel-Discounter angesiedelt und einen Neubau samt Parkplatz errichtet. Nun gab es Pläne, auf einem Teil des Parkplatzes sowie auf der im Norden angrenzenden Fläche einen Getränkefachmarkt zu errichten. Diese hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 18. Mai 2011 endgültig beerdigt. Der Bebauungsplan wurde geändert, Einzelhandelsnutzung gleich auf dem gesamten Areal verboten. Begründet wird dies mit dem Zentrenkonzept. Darin sind Bereiche, in denen Einzelhandelsnutzung mit sog. zentrenrelevanten Sortimenten zulässig sind, genau aufgeführt. Ebenfalls fein säuberlich aufgeführt sind Waren die zum zentrenrelevanten Sortiment gehören. Hierzu gehören auch Getränke. Da es sich bei dem Gebiet um einen sog. unbeplanten Innenbereich handelt, wäre jedoch Einzelhandel an der Stelle zulässig gewesen. Damit ist es

nun vorbei. "Dies ist ein klassischer Fall, wie man in Leipzig mit Investoren umgeht", sagt FDP-Stadtrat René Hobusch, "die Stadt ruft Bauwillige bspw. auf ihrer Internetseite dazu auf, eine Bauvoranfrage zu stellen. Betrifft diese zentrenrelevanten Einzelhandel außerhalb der festgelegten Lagen geht die Verwaltung nach Schema F vor. Es wird zügig ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan im Stadtrat herbeigeführt. Gleichzeitig wird eine Veränderungssperre erlassen. Damit sind Bauvorhaben erst einmal unmöglich. Parallel kommt dann der Bebauungsplan mit dem das Verbot dann dauerhaft zementiert wird."

Für Kritik sorgt bei den Liberalen auch, dass die Vorlagen häufig als Eilbedürftig in den Stadtrat eingebracht werden. Damit ist die Verwaltung nicht mehr an die 4-Wochen-Frist für Beratung in den Ausschüssen gebunden. "Dies führt auch dazu, dass man sich als Stadtrat über den eigentlichen Anlass des Planverfahrens nicht mehr richtig informieren kann." Im konkreten Fall sollte ein Geschäft mit einer Größe von gut 300 qm errichtet werden. "Zur Verteidigung des Verbotes verwies der Baubürgermeister in seiner Vorlage auf die Zentrenlagen am Moritzhof und am Connewitzer Kreuz. Deren

Entwicklung soll mit dem Verbot geschützt werden", so Hobusch, "ob es dann in einem der bestehenden Zentren ein ähnliches Angebot wie das geplante gibt, spielt beim Vorgehen der Stadt keine Rolle. Es geht hier nur um's Prinzip."

Die FDP-Fraktion lehnte den vorgelegten Bebauungsplan "Nutzungsarten" in der Ratsversammlung ab. Hobusch: "Für uns hat das mit Stadtentwicklung nicht mehr viel zu tun. Das fällt eher in die Kategorie Stadtentwicklungsverhinderung."

Die ist dann auch noch teuer. So ergab eine Anfrage der Liberalen im Stadtrat, dass jeder Bebauungsplan "Nutzungsarten" Kosten von rund 5.000 bis 6.000 Euro in der Verwaltung - bspw. Aufwand für das Personal - verursachen würde. Interessant war auch eine weitere Anfrage. So konnte in Böhlitz-Ehrenberg ein Lebensmittelmarkt nur deswegen gebaut werden, weil der Stadt die Mittel für eine Entschädigung fehlten. Die wäre fällig gewesen, wenn man den Markt untersagt hätte. Die zugehörige Baugenehmigung wurde noch vor der Eingemeindung erteilt. Nach der Eingemeindung wäre sie mit Aufstellungsbeschluss, Veränderungssperre und Bebauungsplan verhindert worden.

---

# Kombiticket für den Zoo:

## Gut gemeint, nicht gut umgesetzt

Die Einführung eines Kombitickets für die Besucher des Zoos wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 20. Januar 2010 gefordert. Es sollte eine Nutzung des ÖPNV mit der Eintrittskarte für den Zoo ermöglichen. Das Ergebnis sei jedoch ein Fall von 'Gut gemeint ist das Gegenteil von gut', fasst FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth zusammen. So wird es zwar neben dem Kombiticket weiterhin eine normale Eintrittskarte geben. "So erfahren wir, wieviele Besucher tatsächlich auf das neue Angebot zurückgreifen. Dies wäre aber auch schon früher möglich gewesen", so der Liberale und ergänzt: "Warum haben wir nicht unmittelbar mit dem alten Stadtratsbeschluss ein unsubventioniertes Kombiticket eingeführt?" Hierzu hätte der Vorverkauf der Tickets über

das Internet realisiert werden müssen. Der Vorteil hierbei: Dem Besucher bleibt das lästige Schlangestehen erspart und der Zoo spart auf lange Sicht Kosten für den klassischen Ticketverkauf. Besucher wären glücklich, das Kombiticket längst beworben und verfügbar. Profitieren würden aus Sicht des FDP-Politikers alle gleichermaßen: Besucher, Zoo, ÖPNV und Stadt. "Gleichzeitig hätte eine Evaluation mit einem Ergebnis bezüglich der Frage, ob mehr Zoobesucher dieses Angebot nutzen würden, wenn das Ticket subventioniert wird, stattfinden können und müssen. Auf gesicherter Datenbasis hätte dann – eine deutlich intensiviertere Nutzungswahrscheinlichkeit unterstellt – der ganze Prozess wie wir ihn nach Beschluss der Mehrheit des Stadtrates am 18. Mai 2011 erleben wer-

den, erfolgen können." Stattdessen seien Kosten produziert, Zeit verschwendet und eine wirklich ausgereifte Lösung mit der Vorlage zur Ratsversammlung am 18. Mai 2011 nicht gefunden worden. Hesselbarth: "Nach wie vor sind die Finanzierung unklar, steuerliche Bedenken geblieben und die Bedürfnisse der Kunden vor Einführung des Kombitickets unbekannt. Ein so sinnvolles wie wichtiges Ziel der Bürgerfreundlichkeit – Eintrittskarten online kaufen und ein Kombiticket angeboten zu bekommen – wird so ad absurdum geführt." Warum umständlich, wenn es auch einfach geht? Hesselbarth: "Auf jeden Fall wäre es schneller gegangen. Vor über einem Jahr hätten wir bereits beides haben können: Die Online-Eintrittskarte und ein Kombiticket."

## Semitransparenter Stadtrat

Der Leipziger Stadtrat hatte sich im November 2010 per Beschluss verpflichtet, eine Ehrenordnung einzuführen. Gemäß § 1(2) der Ehrenordnung für Mandatsträger der Stadt Leipzig sollen die Stadträte verschiedene Angaben u.a. zu ihrer Person, ihrem Beruf und zu Mitgliedschaften in Ausschüssen, Organen wirtschaftlicher Unternehmen und Zweckverbände machen. Die FDP-Fraktion ging mit gutem Beispiel vor-

an und übermittelte dem Oberbürgermeister alle geforderten Daten. Zusätzlich finden Sie alle Angaben auf der Internetseite der Fraktion [www.fdp-fraktion-leipzig.de](http://www.fdp-fraktion-leipzig.de). Nicht so die Stadträte anderer Fraktionen, denn lediglich die Hälfte der 70 Stadträte des Leipziger Stadtrates haben bisher ihre Angaben gemacht: "Ich bin überrascht über das Ergebnis, denn die Ehrenordnung wurde mit breiter Mehrheit im Stadtrat

beschlossen", so FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth, "besonders irritierend ist, dass die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen nicht geschlossen geantwortet hat. Schließlich wollte diese im Zuge der Beratung noch weit umfangreichere Angaben veröffentlichen." Die Rücklaufquoten im Detail: CDU 5,5%, LINKE 64,7%, SPD 50%, GRÜNE 72,7%, BÜRGER 50%, FDP 100%.

---

# Gebührenkalkulation für Sondernutzung öffentlicher Straßen und Wege veröffentlichen

Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, die Gebührenkalkulation für die neue Sondernutzungssatzung offenzulegen. Die Stadt hat eine Vorlage zur Neuregelung von Satzung und Gebühren ins Verfahren eingebracht. Der Stadtrat soll in der Ratsversammlung am 22.06.2011 darüber entscheiden.

“Der Stadtrat hat auf Initiative der FDP hin am 15. Dezember letzten Jahres die Offenlegung aller Gebühren und Entgelte beschlossen. Dies soll für alle Satzungen und Entgeltordnungen gelten und zum 1. Juli 2011 erfolgen. Eine gute Woche vor diesem Stichtag legt der Oberbürgermeister jetzt noch schnell die Neufassung der Satzung ohne

Gebührentransparenz vor und umgeht so den Willen des Stadtrates. Das werden wir nicht akzeptieren“, stellt die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion Isabel Siebert klar. Die Verwaltung führte auf einen entsprechenden Einwand von IHK, Handwerkskammer und Dehoga in der Vorlage aus, dass Sondernutzungsgebühren nicht kalkuliert werden könnten. Stattdessen würde man ‘bundesdeutsche Vergleichswerte berücksichtigen’.

“Die Nutzung von Vergleichswerten ist auch eine Kalkulation. Diese gehört transparent und für jeden nachvollziehbar auf den Tisch. Ohne die Kalkulation kann ich mir eine Zustimmung nicht vorstellen“, so Siebert, die ihre

Fraktion in den Fachausschüssen Umwelt und Ordnung sowie Wirtschaft und Arbeit vertritt, weiter, “denn der immer wieder geäußerte Verdacht, dass Gebühren nach Kassenlage willkürlich festgesetzt werden, bleibt. Die Gebühren sollen jedoch nur den Aufwand der Verwaltung und einen eventuellen Wertverlust, der zwangsläufig durch Nutzung entsteht, ausgleichen. Gebühren sind nicht dazu da, den städtischen Haushalt zu sanieren. Gerade die von der Sondernutzungssatzung Betroffenen leisten durch ihre Unternehmenssteuern und durch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bereits einen erheblichen Beitrag für unsere Stadt.”

## Angefragt: Wissenswertes zur Straßenbeleuchtung

In einer Anfrage der FDP-Fraktion zum Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung in der Stadt Leipzig antwortete die Stadtverwaltung: 2010 wurden rund 20 Mio. kWh Strom in Höhe von gut 3,7 Mio. Euro verbraucht. Damit entspricht der Verbrauch 42% am Gesamtenergieverbrauch. In den letzten Jahren ist der Verbrauch trotz steigender Zahl an Leuchtquellen (u.a. Laternen) um 1,5 Mio. kWh

gesunken. Hierzu trugen effizientere Leuchtmittel und die Reduzierung der Lichtleistung in den Nachtstunden (22 bis 7 Uhr) bei 45% der Gesamtleuchtenzahl bei. Dies ist aber nur bei Lampen mit mehr als 70 Watt Leistung technisch möglich und macht rund 3 Mio. kWh Stunden pro Jahr und Kostenreduzierungen von 724.000 Euro aus. Die Zukunft liegt im Bereich LED. Hier werden

360 historische Schinkel-Leuchten demnächst umgestellt. Die Kosten für die LED-Leuchten sind dreimal so hoch wie herkömmliche, verbrauchen allerdings nur ein Viertel des Stroms. "Aufgrund der geringen Differenz scheidet dieser Bereich für die Nutzung von Contracting für den Austausch der Leuchtmittel aus", fasst FDP-Fraktionschef Reik Hesselbarth zusammen.



# Ihre FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat



## Fraktionsvorsitzender

**Reik Hesselbarth** | \* 1974 · Geschäftsführer · Wahlkreis 4 (Süd)

Ältestenrat / Betriebsausschuss Kulturstätten / Fachausschuss Finanzen / Fachausschuss Kultur / Verwaltungsausschuss / Bewertungsausschuss (Stv.) / Ehrenrat (Stv.) / Rechnungsprüfungsausschuss (Stv.) / Fachausschuss Sport (Stv.) / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau (Stv.) / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit (Stv.) /// Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (BBVL) / Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) / Beirat Bürgerstiftung Leipzig / Kuratorium Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer



## Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**René Hobusch** | \* 1976 · Rechtsanwalt · Wahlkreis 5 (Südwest)

Bewertungsausschuss / Ehrenrat / Fachausschuss Allgemeine Verwaltung / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau / Grundstücksverkehrsausschuss / Rechnungsprüfungsausschuss / Umlegungsausschuss / Ältestenrat (Stv.) / Fachausschuss Umwelt und Ordnung (Stv.) / Grundstücksverkehrsausschuss (Stv.) / Verwaltungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH & Co. Grundstücks-KG (LEVG & Co. KG) / Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH (LEVG) / Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) / Fachforum für integrierte Stadtteilentwicklung



## Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**Isabel Siebert** | \* 1977 · Pressesprecherin · Wahlkreis 8 (Nordwest)

Fachausschuss Umwelt und Ordnung / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit / Betriebsausschuss Jugend, Soziales und Gesundheit (Stv.) / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule (Stv.) / Grundstücksverkehrsausschuss (Stv.) / Petitionsausschuss (Stv.) / Umlegungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Personelle Unterstützung von Unternehmen Leipzig GmbH (PUUL) / Beirat für die Gleichstellung von Mann und Frau / Verbandsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen



## Stadtrat

**Dr. Arnd Besser** | \* 1960 · Arzt · Wahlkreis 0 (Mitte)

Betriebsausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule / Fachausschuss Sport / Petitionsausschuss / Betriebsausschuss Kulturstätten (Stv.) / Fachausschuss Allgemeine Verwaltung (Stv.) / Fachausschuss Finanzen (Stv.) / Fachausschuss Kultur (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH (LVB) / Verbandsversammlung Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

**Fraktionsgeschäftsstelle:** Oliver Dorausch, Fraktionsgeschäftsführer | Stephanie Krahl, Referentin der Fraktion | Christoph Reimann, Studentischer Mitarbeiter

**Kontaktdaten:** FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig  
Telefon (0341) 123-2187 und -2188, Fax (0341) 123-2186, E-Mail [info@fdp-fraktion-leipzig.de](mailto:info@fdp-fraktion-leipzig.de)

Die Fraktionsgeschäftsstelle finden Sie im Neuen Rathaus auf der Fraktionsebene (1. OG) in Zimmer 101. Sie erreichen uns wochentags i.d.R. zwischen 9 und 17 Uhr, freitags aufgrund der Rathausschließung nur bis 15 Uhr sowie außerhalb dieser Zeiten gern nach Vereinbarung.

In sozialen Onlinenetzen: [www.twitter.fdp-fraktion-leipzig.de](http://www.twitter.fdp-fraktion-leipzig.de) & [www.facebook.fdp-fraktion-leipzig.de](http://www.facebook.fdp-fraktion-leipzig.de)

**Impressum:** Leipziger Liberale Rathauszeitung - Information der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Herausgeber: FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat (Kontaktdaten sh. oben) | V.i.S.d.P.: Reik Hesselbarth | Druck: Eigendruck